



HANS-GUNTHER OED

Atomkraftwerk Biblis in Südhessen

ATOMKRAFT

Bedingt anschlagsicher

Voraussichtlich können fünf der insgesamt zwölf an deutschen Reaktorstandorten geplanten Zwischenlager für hochradioaktive Brennelemente nicht wie vorgesehen errichtet werden. Nach den Terrorattacken in den USA hält das für die Genehmigung der atomaren Lagerhallen zuständige Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter die beantragten Decken- und Wandstärken (0,55 bis 0,85 Meter) nicht mehr für ausreichend. Betroffen wären die süddeutschen Standorte Bib-

lis, Philippsburg, Grafenrheinfeld, Ohu und Gundremmingen. In Norddeutschland wurden die Betonhallen von vornherein mit dickeren Decken und Wänden (1,2 bis 1,3 Meter) geplant; am Standort Neckarwestheim ist die Lagerung in unterirdischen Tunnelröhren vorgesehen. Es sei „der Bevölkerung in Süddeutschland kaum zu erklären, warum sie schlechter gegen Flugzeugabstürze auf Zwischenlager geschützt werden soll als die Menschen im Norden“, erklärte BfS-Präsident Wolfram König. Der Chef des Strahlenschutzamts war schon vor dem 11. September für eine „doppelte Barriere“ eingetreten, wonach sowohl Betonhallen wie Lagerbehälter (etwa vom Typ „Castor“) ausreichenden Schutz auch bei Flugzeugabstürzen auf die Anlagen bieten müssen.



LANGBEHN / ACTION PRESS

Schill, Beust, Lange

HAMBURG

Rechtsbrecher Schill?

Richter Ronald Schill („Partei Rechtsstaatlicher Offensive“), der nach der Hamburger Bürgerschaftswahl das Amt des Innensenators anstrebt, droht Ärger mit der Justiz. Schill soll im November vergangenen Jahres Kripo-Beamte ge-

drängt haben, ein Telefonat mit einem mutmaßlichen Erpresser mitzuschneiden. Obwohl der ermittelnde Staatsanwalt dies ausdrücklich untersagt hatte, erfolgte eine Aufzeichnung. Schill war von dem Projektentwickler Rüdiger Gehrman unter Druck gesetzt worden, dessen Ehefrau Petra bei der Schill-Partei zeitweilig als Sekretärin gearbeitet hatte. Als Schill ihr die angeblich zugesagte Entlohnung verweigerte, drohte der Ehemann, laut Schill, telefonisch mit unliebsamen Veröffentlichungen. Schill erstattete Strafanzeige gegen Gehrman, der einen Nötigungsversuch bestreitet. Dessen Anwalt hat inzwischen Strafantrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen den Polizisten, der die Aufnahme anfertigte, wegen „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes“ (bis zu fünf Jahre Gefängnis). Laut eines Zeugen aus Schills Partei war der Mitschnitt aber die Idee des Juristen Schill. „Wir prüfen auch, welche Rolle Herr Schill bei dem Vorgang gespielt hat“, so die Staatsanwaltschaft. Schill, derzeit mit Ole Beust (CDU) und Rudolf Lange (FDP) in Koalitionsverhandlungen, war am Freitag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

RECHTSEXTREME

Schlag gegen Nazi-Band

Beamte der Bundesanwaltschaft haben in der vergangenen Woche fünf mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer der Neonazi-Band „Landser“ verhaftet. Die Gruppe, die in ihren Texten zur „arischen Revolution“ aufruft, gilt in der Szene als Kultband; ihre konspirativ vertriebenen CDs erreichen zum Teil Auflagen von über 10 000 Stück. Zu den Verhafteten zählt der als Chef der Band geltende Berliner Michael R., 36. Er soll die Songtexte geschrieben sowie Produktion und Vertrieb geleitet haben. Mit zwei anderen „Landsern“ soll R. auch führendes Mitglied der Ost-Berliner Rockertruppe „Vandalen“ sein. Laut Bundesanwaltschaft, die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt, sei die Band hoch konspirativ vorgegangen und habe sich nur unter großen Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die CDs habe sie im Ausland produziert.



Neonazi-CDs